

GWV Fachverlage · D-65173 Wiesbaden

Herrn
Dr. Christian Welzel
Internationale Universität Bremen
School of Humanities and Social Sciences
Postfach 750 561

28725 Bremen

Der VS Verlag ist ein
Unternehmen von Springer
Science+Business Media

GWV Fachverlage
Abraham-Lincoln-Straße 46
D-65189 Wiesbaden
www.vs-verlag.de

VW/be/Datum des Poststempels

Sehr geehrte Autorin, sehr geehrter Autor,

beiliegend erhalten Sie – direkt ab Setzerei – ein Umbruchexemplar Ihres Beitrages für die „Politische Vierteljahresschrift“. Bitte beachten Sie bei der Korrektur neben Rechtschreib- und Interpunktionsfehlern insbesondere auch die Setzfehler.

Die Redaktion wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das Korrektorexemplar innerhalb von fünf Tagen nach Erhalt dieser Sendung an folgende Anschrift schicken würden:

Alexandra Mößner
Universität Stuttgart
Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Politikwissenschaft I
Breitscheidstraße 2
70174 Stuttgart

Bitte haben Sie Verständnis für diese aus produktionstechnischen Gründen leider knappe Frist; für den Fall, dass Sie den Termin nicht einhalten können, erbittet die Redaktion eine kurze Nachricht (Telefon Frau Mößner: 0711-121 3428 (Mo-Do)).

Zusätzliche Sonderdrucke werden nur auf ausdrücklichen Wunsch und gegen Berechnung hergestellt. Die Preise finden Sie auf der folgenden Seite dieses Schreibens.

Mit bestem Dank im Voraus und freundlichen Grüßen
Westdeutscher Verlag GmbH
– Lektorat –

gez. Monika Kabas
monika.kabas@vs-verlag.de

Anlage

Fortdruckpreisliste des Westdeutschen Verlags

Stand: 01. Januar 2002, Preis: je Exemplar EUR

Seiten	ab 20 Expl.	ab 50 Expl.	ab 100 Expl.
bis 4	2,60	1,25	1,05
bis 8	2,65	1,30	1,10
bis 12	2,70	1,35	1,15
bis 16	2,75	1,40	1,20
bis 24	2,85	1,50	1,30
bis 32	2,95	1,60	1,40
bis 40	3,05	1,70	1,50

Diese Preise sind inkl. Porto- und Verpackungskosten, zzgl. Mehrwertsteuer.

Demokratisierung und Freiheitsstreben: Die Perspektive der Humanentwicklung

Christian Welzel / Ronald Inglehart*

In der Transitionsforschung herrscht die Auffassung, dass Bevölkerungseinstellungen für die Konsolidierung von Demokratien wichtig sind, nicht aber für den Prozess der Demokratisierung. Diese Auffassung stellen wir aus der Perspektive der Humanentwicklung in Frage. Aus dieser Perspektive ist Demokratisierung ein primär emanzipatorischer Vorgang, dessen Haupttriebfeder entsprechende emanzipatorische Kräfte in der Bevölkerung sein sollten. Wir messen diese emanzipatorischen Kräfte mit Freiheitspräferenzen und verwenden Daten aus den Wertestudien um zu zeigen, dass die Freiheitspräferenzen der Bürger in der Tat einen positiven Einfluss auf die demokratische Entwicklung ihres Landes haben. Kein anderer Faktor – weder ökonomische Entwicklung noch soziales Kapital – kann den Effekt der Freiheitspräferenzen auf die demokratische Entwicklung verdrängen. Daraus folgern wir, dass die Perspektive der Humanentwicklung das Augenmerk auf emanzipatorische Kräfte lenkt, die in der Transitionsforschung bislang vernachlässigt wurden.

1. Einleitung

Es gibt einen Faktor, der bei der Erklärung von Demokratisierungsprozessen verblüffend wenig Beachtung findet: die Freiheitspräferenzen der Bürger. Überhaupt muss man sagen, dass die Demokratisierungsforschung dem Demos wenig Aufmerksamkeit schenkt. Vor allem in der Literaturgattung, die sich seit dem Klassiker von O'Donnell/Schmitter (1986) „Transitionsforschung“ nennt, erfährt man kaum etwas über Strömungen und Kräfte in der Bevölkerung, wenn es darum geht, Demokratisierungsprozesse zu erklären (zur Literatur siehe: Geddes 1999; Merkel 1999; Berg-Schlosser/Mitchell 2000; Bunce 2000; Vanhanen 2003). Die Distanz dieser Literaturgattung zum Demos spiegelt eine elitenzentrierte Sicht wider: Demokratisierung gilt als ein Prozess, der in „strategischen Spielen“ von Eliten entschieden wird, ungeachtet vorherrschender Präferenzen in der Bevölkerung (so etwa: Higley/Gunther 1992; Marks 1992; Przeworski 1992; kritisch: Foweraker/Landman 1997; Gasiorowski/Power 1998; Paxton 2002; Doorenspleet 2004; Inglehart/Welzel 2005).

Die Forschung in der Tradition von Almond/Verba (1963) schreibt Bevölkerungseinstellungen zwar einen hohen Stellenwert für die Konsolidierung, Stabilität und Performanz *bereits bestehender* Demokratien zu (Putnam 1993; van Deth 1997; Hofferbert/Klingemann 1999; Mishler/Rose 2001; Rose 2001; Gibson 2001; Newton 2001;

* Wir danken den Gutachtern und der Redaktion für ihre Überarbeitungsvorschläge.

Fuchs et al. 2002; Norris 2003; Dalton 2004). Geht es aber darum, den Prozess der Demokratisierung zu erklären, spielen Bevölkerungseinstellungen eine untergeordnete Rolle. Tatsächlich finden sich in der überquellenden Demokratisierungsliteratur gerade mal zwei ländervergleichende Studien, die versuchen, Fortschritte und Rückschritte im Prozess der Demokratisierung mit Bevölkerungseinstellungen zu erklären (Muller/Seligson 1994; Inglehart 1997: Kapitel 6). Die Transitionsliteratur hat diesen beiden Arbeiten indes nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt, widersprechen sie doch schon im Ansatz der Auffassung, dass Bevölkerungseinstellungen für die Stabilität von Demokratien wichtig sind, nicht aber für den Prozess der Demokratisierung (Karl/Schmitter 1991; Przeworski/Limongi 1997).

Unser Beitrag stellt dieses Verständnis in Frage. Wie wir meinen, steht die Distanz der Transitionsforschung zum Demos im Widerspruch zu ihrem Gegenstand, der Demokratisierung. Unser Beitrag führt den Demos wieder in die Demokratisierungsforschung zurück. Dazu zeigen wir, dass ein Faktor, der bisher missachtet wurde, nämlich die Freiheitspräferenzen der Bürger, einen starken Einfluss auf Demokratisierungsprozesse ausübt – in der Tat stärker als jeder andere Faktor, den man messen kann.

Der Beitrag gliedert sich in sieben Schritte. Zunächst erläutern wir, warum Bevölkerungseinstellungen zu leichtfertig aus der Erklärung von Demokratisierungsprozessen ausgeblendet wurden. Zweitens legen wir einige Schwächen der einzigen beiden Studien dar, die den Einfluss von Bürgereinstellungen auf Demokratisierung im Ländervergleich untersucht haben. Drittens verwenden wir diese Kritik zu einer Rejustierung des Verständnisses von Demokratisierung. Dazu stützen wir uns auf die Theorie der Humanentwicklung, wie sie von Welzel (2002, 2003) spezifiziert wurde (siehe auch Welzel et al. 2003; Inglehart/Welzel 2005). Aus dieser Perspektive ist Demokratisierung in erster Linie eine emanzipatorische Errungenschaft, weil sie die Menschen mit zivilen und politischen Freiheiten ausstattet (Rose 1995; Sen 1999). Entsprechend lenkt die Perspektive der Humanentwicklung das Augenmerk auf die emanzipatorischen Kräfte in der Gesellschaft. Viertens argumentieren wir, dass diese emanzipatorischen Kräfte sich in den Freiheitspräferenzen der Menschen widerspiegeln und postulieren, dass Freiheitspräferenzen sie mehr als jeder andere Faktor motivieren für Demokratie einzutreten. Fünftens zeigen wir, dass die Priorität für postmaterialistische Ziele der beste verfügbare Indikator für Freiheitspräferenzen ist – vorausgesetzt man isoliert die libertären Bestandteile des Postmaterialismus. Sechstens dokumentieren wir den Effekt, den die Freiheitspräferenzen der Bürger auf Fortschritte und Rückschritte in der Demokratisierung eines Landes haben, gemessen in Gewinnen und Verlusten an Freiheitsrechten. Siebtens testen wir die Stabilität des Befundes gegen rivalisierende Erklärungen von Demokratisierung, einschließlich ökonomischer Entwicklung und sozialen Kapitals. Schließlich diskutieren wir unsere Ergebnisse im Licht der Humanentwicklungstheorie.

2. Theoriediskussion

2.1 Das Erbe der Modernisierungstheorie

Die modernisierungstheoretische These, dass ökonomische Entwicklung die Demokratie befördert, ist die am häufigsten getestete These zu den Ursachen von Demokratisierung (für jüngere Beiträge mit Literatur siehe Diamond 1992; Boix/Stokes 2003; Vanhanen 2003; Welzel 2003). Es ist jedoch erstaunlich, wie wenig Aufmerksamkeit dem Argument geschenkt wurde, das Modernisierungstheoretiker angeführt haben, um zu erklären, *warum* ökonomische Entwicklung der Demokratie zuträglich ist. Lipset (1959), Dahl (1973) und andere (z.B. Diamond 1992) waren sich darüber bewusst, dass ökonomische Entwicklung ein anonymer Vorgang ist, der nicht von sich aus Demokratie erzeugen kann. Denn Demokratisierung ist in letzter Konsequenz das Ergebnis kollektiven Handelns. Von daher muss es einen Mechanismus geben, mit dessen Hilfe ökonomische Entwicklung die kollektiven Handlungen befördert, die in Demokratisierung münden. Logischerweise muss dies ein motivationaler Mechanismus sein, der die Präferenzen handelnder Akteure auf demokratische Ziele ausrichtet.

In der Tat haben Modernisierungstheoretiker betont, dass ökonomische Entwicklung zu Gunsten der Demokratisierung arbeitet, weil sie pro-demokratische Orientierungen in der Gesellschaft stärkt (Huntington 1991: 69). Mangels geeigneter Daten haben Modernisierungstheoretiker diese These aber nie geprüft. Statt dessen fuhr man fort, den statistischen Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung und Demokratie zu testen (unter jüngeren Studien siehe: Helliwell 1993; Burkhart/Lewis-Beck 1994; Przeworski/Limongi 1997; Boix/Stokes 2003). Je stärker sich die Debatte auf diesen Zusammenhang konzentrierte, desto mehr geriet die Begründung, warum er überhaupt existiert, in Vergessenheit.

So haben gerade mal zwei Studien versucht, einen Effekt von Bevölkerungseinstellungen auf Fortschritte und Rückschritte im Prozess der Demokratisierung nachzuweisen (Muller/Seligson 1994; Inglehart 1997: Kapitel 6). Beide Studien konnten aber lediglich einen Zusammenhang zwischen der Langlebigkeit von Demokratien und pro-demokratischen Einstellungen belegen. Scheinbar bestätigt dieser Befund die Auffassung, dass pro-demokratische Bevölkerungseinstellungen die Konsequenz aber nicht die Ursache demokratischer Institutionen sind.

2.2 Demosdistanz der Demokratisierungsforschung

Diese Auffassung wird von zwei Ansätzen in der Demokratisierungsforschung geteilt. Das gilt zum einen für den elitenzentrierten Ansatz der Demokratisierungsforschung (O'Donnell/Schmitter 1986). Seine Vertreter gehen davon aus, dass Demokratisierungsprozesse nicht durch Bürgeraktionen, sondern durch Bündnisse zwischen strategischen Eliten gestaltet werden (Schmitter/Karl 1991; Higley/Gunther 1992; Marks 1992; Przeworski 1992). Zum anderen besagt die „Gewöhnungstheorie“ der Demokratisierung (Rustow 1970), dass eine intrinsische Unterstützung von demokratischen Freiheiten nur dann in der Bevölkerung Fuß fassen kann, wenn die Bürger gelernt haben, solche Freiheiten zu praktizieren (Rohrshneider 1994). Die Wertschätzung demo-

kratischer Freiheiten ist also das Ergebnis von Lernprozessen unter bereits vorhandenen demokratischen Institutionen (Jackman/Miller 1998).

Unseres Erachtens stehen diese Prämissen auf zu schwachen Füßen, um Bevölkerungseinstellungen ungeprüft aus der Erklärung von Demokratisierungsprozessen ausschließen zu können. Niemand bestreitet, dass Demokratisierungsprozesse am Ende durch Eliten besiegelt werden. Ebenso wenig kann aber bezweifelt werden, dass zivilgesellschaftliche Gruppen, soziale Bewegungen und die breite Bevölkerung solche Prozesse durch öffentliche Aktionen begleiten, wenn nicht gar ihnen ihren Stempel aufdrücken (Bernhard 1993; Markoff 1996; Foweraker/Landman 1997; Gibson 2001; Paxton 2002).

Auch wenn es nicht zu großen Massenaufmärschen kommt, sind Demokratisierungsprozesse so herausragende Vorgänge in der Geschichte eines Landes, dass sie nicht unbemerkt an den Bürgern vorbeiziehen. Auch bei nur passiver Beteiligung der Bürger bildet sich in solchen Prozessen ein Meinungsklima, an dem sich der gesellschaftliche Rückhalt einer Demokratiebewegung ablesen lässt (Casper/Taylor 1996). Es wäre absurd, wenn der gesellschaftliche Rückhalt einer Demokratiebewegung keinen Einfluss auf den Prozess der Demokratisierung hätte. Zwar können Machthaber die Erwartungen der Bevölkerung im Zweifel mit Waffengewalt unterdrücken. Doch sind die Repressionsmöglichkeiten nicht unumschränkt. Sie finden ihre Grenzen in der Verbreitung pro-demokratischer Einstellungen: Wären pro-demokratische Einstellungen 1989 in der chinesischen Bevölkerung so weit verbreitet gewesen, dass sich die Pekinger Proteste zu einer landesweiten Demokratiebewegung ausgeweitet hätten, wäre sie mit Panzern auf dem Tiananmen-Platz nicht aufzuhalten gewesen. Wie dem auch sei – fest steht für uns, dass Bevölkerungseinstellungen eine Quelle des öffentlichen Drucks bilden, der für Demokratiebewegungen mobilisiert werden kann. Damit handelt es sich um eine zentrale mobilisierende Größe, die nicht ungeprüft aus der Erklärung von Demokratisierung ausgeklammert werden kann (Paxton 2002).

Was die „Gewöhnungstheorie“ angeht, so glauben wir nicht, dass die Menschen erst dann demokratische Freiheiten zu schätzen wissen, wenn sie gelernt haben, diese auch zu praktizieren. Selbst in den autoritärsten Systemen kann der feste Wunsch nach demokratischen Freiheiten aufkeimen. Wäre dies nie geschehen, dürfte es bis heute keine Demokratie geben. Genetisch ist der Wunsch nach Freiheit nicht die Konsequenz der Demokratie sondern ihr Ursprung (Markoff 1996). Freiheitswünsche erwachsen aus anderen Prozessen als der Demokratisierung: Wenn ökonomische Entwicklung die Bevölkerung wohlhabender, informierter und gebildeter werden lässt und die Menschen aus sozialen Fesseln löst, dann werden sie in ihrem Handeln und Denken ein wenig unabhängiger. Das macht die Menschen geneigter, politische Autorität zu hinterfragen. Und es macht sie für die Idee der politischen Selbstbestimmung empfänglicher (Barnes/Kaase et al. 1979; Brint 1984; Verba/Schlozman/Brady 1994; Scarbrough 1995). Der Wunsch nach demokratischer Freiheit kann deshalb auch in einem autoritären System aufkeimen, selbst wenn die Menschen noch keine praktische Erfahrungen mit demokratischen Institutionen gesammelt haben. Doch was auch immer die Ursachen für Freiheitspräferenzen sein mögen – wir gehen davon aus, dass Gesellschaften sich in diesen Freiheitspräferenzen unterscheiden; dass diese Unterschiede nicht primär von der demokratischen Tradition eines Landes bestimmt werden; und dass diese Un-

terschiede ihrerseits für Fortschritte und Rückschritte in der Demokratisierung eines Landes ausschlaggebend sind.

2.3 Schwächen demosbasierter Studien

Diese Überlegungen nähren Zweifel an den Befunden von Muller/Seligson (1994) und Inglehart (1997: Kapitel 6). Beide Studien verwenden aggregierte Umfragedaten aus den World Values Surveys, um zu testen, ob vermeintlich pro-demokratische Einstellungen – nämlich subjektives Wohlbefinden, zwischenmenschliches Vertrauen und politische Mäßigung – einen Effekt auf die Fortschritte und Rückschritte eines Landes im Prozess der Demokratisierung haben. Wie gesagt ließ sich ein solcher Effekt nicht nachweisen.

Dieser Befund ist aber nicht stichhaltig. Beide Studien untersuchen Einstellungen, die Vertreter des *civic culture* Konzepts und der Sozialkapitalschule (Almond/Verba 1963; Putnam 1993; Gibson 2001) als essenziell erachten, um die Funktionstüchtigkeit bereits bestehender Demokratien zu sichern. Doch niemand hat behauptet, dass diese Einstellungen Fortschritte im Prozess der Demokratisierung verursachen. Tatsächlich gibt es keinen einsichtigen Grund, warum eine autoritär regierte Bevölkerung für Demokratie eintreten soll, wenn die Bürger ein hohes Maß an Wohlbefinden, Vertrauen und Mäßigung aufweisen. Keine dieser Einstellungen zielt in erkennbarer Weise auf demokratische Prinzipien ab. Es stellt sich deshalb die Frage, welche Einstellungen denn überhaupt auf demokratische Prinzipien abzielen. Um diese Frage zu beantworten, ist es hilfreich sich zu vergegenwärtigen, was Demokratisierungsprozesse an der Lebenssituation der Menschen ändern. Das ist die Frage, die sich aus der Perspektive der Humanentwicklung stellt.

2.4 Demokratisierung und Humanentwicklung

Die meisten quantitativen Untersuchungen über Demokratisierung verwenden die Indizes von *Freedom House* (Burkhart/Lewis-Beck 1994; Muller/Seligson 1994; Inglehart 1997; Paxton 2002; Welzel 2002). Fortschritte und Rückschläge in der Demokratisierung werden auf diese Weise mit Gewinnen und Verlusten an demokratischen Freiheitsrechten gleichgesetzt. Dafür gibt es gute Gründe, bilden Freiheitsrechte doch ein zentrales Element in vielen Definitionen von Demokratie (z.B. Dahl 1973; Rose 1995). Doch rangieren Freiheitsrechte nicht in allen Demokratiedefinitionen gleich hoch. Vielmehr haben sie einen herausragenden Stellenwert im Konzept der „liberalen“ Demokratie (Fuchs 2000).¹

Freiheitsrechte kennzeichnen zugleich den Aspekt der Demokratie, der für die „Humanentwicklung“ einer Gesellschaft am bedeutsamsten ist (Sen 1999: 156). Als Gesell-

¹ Isaiah Berlin folgend meinen wir Freiheit im Sinne negativer und positiver Freiheit. Negative Freiheiten errichten eine Schutzsphäre privater Autonomie um das Individuum. Positive Freiheiten eröffnen Möglichkeiten des Einwirkens auf kollektive Entscheidungen. Der *civil liberties* Katalog von *Freedom House* deckt vorrangig die negativen Freiheiten und der *political rights* Katalog die positiven Freiheiten ab. Liberale Demokratie basiert zu gleichen Teilen auf beiden Freiheiten.

schaftstheorie stellt das Konzept der Humanentwicklung auf die sozialen Bedingungen ab, welche die Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Menschen verbessern (Welzel 2002; 2003; Welzel et al. 2003; Inglehart/Welzel 2005). Die liberale Demokratie ist aus diesem Blickwinkel eine zentrale Bedingung. Sie ist sozusagen eine institutionelle Manifestation der Selbstbestimmung, weil sie die Menschen mit zivilen und politischen Freiheiten ausstattet. Demokratisierung ist insofern als emanzipatorischer Akt zu sehen.

Diese Sicht lenkt den Blick auf die emanzipatorischen Kräfte einer Gesellschaft und lässt uns in diesen die eigentliche Triebfeder von Demokratisierungsprozessen vermuten. Wie wir meinen, spiegeln sich die emanzipatorischen Kräfte einer Gesellschaft in den Freiheitspräferenzen ihrer Bürger wider. Wenn Demokratisierung also ein emanzipatorischer Prozess ist, dann sollten die Freiheitspräferenzen der Bürger einen Einfluss auf diesen Prozess ausüben.

3. Hypothese und Untersuchungsanlage²

Will man freiheitsrechtliche Veränderungen im Ländervergleich studieren, empfiehlt es sich, diese Veränderungen zur Zeit der Schübe zu studieren, in denen auch die meisten Veränderungen auftreten. Damit richtet sich unser Augenmerk auf den globalen Demokratisierungsschub, den Huntington (1991) als Dritte Welle bezeichnet hat. Jüngere Untersuchungen von Kurzman (1998) und Doorenspleet (2000) zeigen indes, dass Huntington (1991) den Beginn der globalen Demokratisierungswelle zu früh datiert hat. Laut diesen Studien setzte der Hauptschub der Demokratisierung später und abrupter ein. Im Einklang mit diesem Befund zeichnet sich in Abbildung 1 mit aller Deutlichkeit die Große Transition ab, die gleich einer Wasserscheide die politische Welt vor Ende der 1980er Jahre von der nach Mitte der 1990er Jahre trennt.³

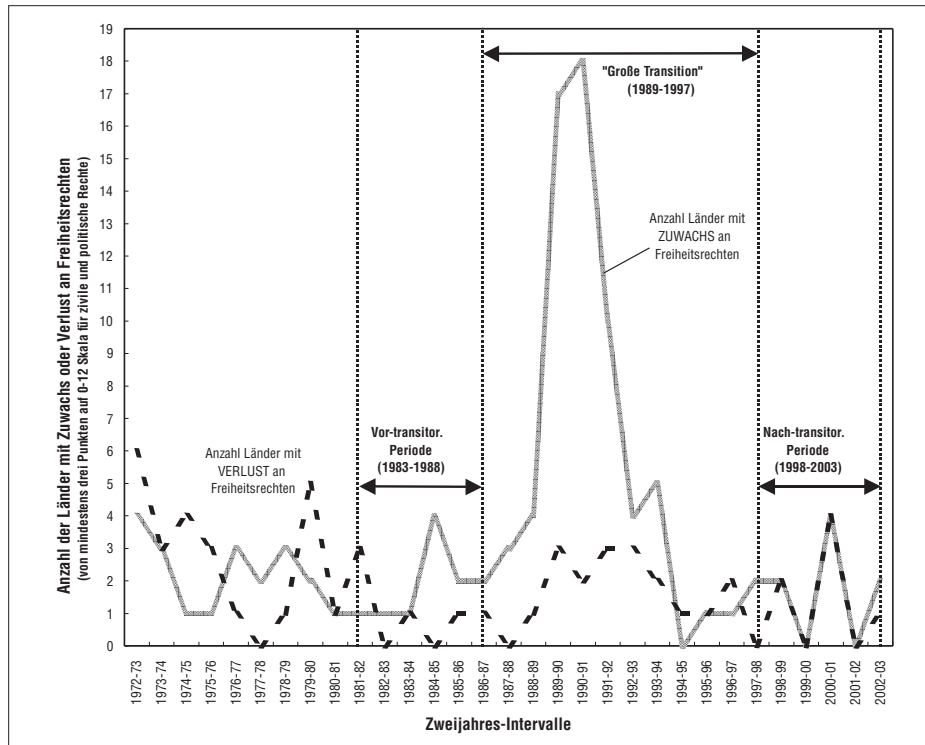
Abbildung 1 zeigt in Zweijahresintervallen die weltweite Anzahl an Ländern, die substantielle Gewinne oder Verluste im Umfang der Freiheitsrechte zu verzeichnen hatten.⁴ Offenkundig übersteigt die Anzahl der Länder mit Freiheitsgewinnen die Zahl

² Hinweise zu Variablen, Skalenkonstruktion und Datenquellen der empirischen Untersuchung finden sich in einem separaten Internetanhang auf der Webseite <http://www.iu-bremen.de/hss/cwelzel/index.shtml/XXX>.

³ Wir haben die Polarität der 1–7 Skalen für *civil liberties* und *political rights* von *Freedom House* umgekehrt, so dass größere Skalenwerte mehr Freiheit anzeigen. Die beiden Skalen wurden addiert und der Wert 2 subtrahiert, so dass sich in der Summe eine 0–12 Skala für Freiheitsrechte ergibt. Für jedes Jahr haben wir die weltweite Anzahl der Staaten ausgezählt, die sich im Vergleich zum Vorjahr um mindestens drei Punkte auf dieser Skala verschlechtert oder verbessert haben.

⁴ Aus der Perspektive elektoraler Demokratie mag man lediglich zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien unterscheiden: Entweder hat ein Land eine frei gewählte Regierung, dann ist es eine Demokratie; oder es hat keine und ist keine Demokratie. Das Konzept der liberalen Demokratie ist anspruchsvoller. Es fokussiert auf einen Katalog von zivilen und politischen Freiheiten, von denen jede in mehr oder minder großem Umfang institutionalisiert sein kann. Daraus ergibt sich ein Kontinuum von völlig unfreiheitlichen zu umfassend freiheitlichen Systemen mit vielen Abstufungen dazwischen. Entsprechend stellen sich Fortschritte und Rückschritte in der Demokratisierung als mehr oder minder umfangreiche Gewinne und Verluste an

Abbildung 1: Die Große Transition



der Länder mit Freiheitsverlusten in einem massiven Schub zwischen 1989 und 1997. Dieser Schub markiert den prägnantesten Zuwachs an Freiheitsrechten in der Geschichte politischer Systeme. Insofern haben wir es hier mit dem bedeutendsten Testfall jeder Demokratisierungstheorie zu tun.⁵ Unsere Untersuchung fokussiert auf diesen Testfall: Die These lautet, dass die Freiheitspräferenzen, die die Bürger während der Großen Transition äußerten, einen positiven Einfluss auf die Freiheitsrechte ausübten, die ihre Gesellschaften nach dieser Zeit erreicht hatten – unter Kontrolle der Freiheitsrechte, welche die Gesellschaften schon vor dieser Zeit besaßen.

Wir untersuchen also spätere Freiheitsrechte, *insofern* diese nicht durch frühere Freiheitsrechte erklärt werden. Auf diese Weise untersuchen wir einen dynamischen Effekt, das heißt, einen Effekt auf die *Veränderung* der Freiheitsrechte: Insofern nämlich nachgelagerte Freiheitsrechte *nicht* durch vorgelagerte Freiheitsrechte erklärt sind, haben sich die Freiheitsrechte verändert.

Freiheitsrechten dar. Im Unterschied zu elektoraler Demokratie eröffnet das Konzept der liberalen Demokratie also eine graduelle Sicht auf Demokratisierung. Das Konzept der liberalen Demokratie ist aus der Perspektive der Humanentwicklung vorzuziehen, weil kein anderer Aspekt der Demokratie so sehr die Lebenssituation der Menschen tangiert wie Freiheitsrechte.

⁵ Die Diskussion um vierte und fünfte Wellen der Demokratisierung findet keine empirische Evidenz. Als wievielte Welle man die Große Transition zählen mag, es gab global gesehen eine einzige große Demokratisierungswelle.

4. Daten und Skalen

4.1 Freiheitsrechte

Um Freiheitsrechte zu messen, addieren wir die Indizes von *Freedom House* (2002) für zivile und politische Rechte zu einer 0–12 Skala demokratischer Freiheiten (siehe Anmerkung 2). Basierend auf dieser Skala erklären wir das Niveau an Freiheitsrechten, das eine Gesellschaft nach der Großen Transition erreicht hat, unter Kontrolle des Niveaus, das sie schon vor der Transition aufzuweisen hatte. Wie Abbildung 1 verdeutlicht hat, begann die Große Transition um 1989 und endete um 1997. Demzufolge untersuchen wir Effekte auf Freiheitsrechte nach 1997 unter Kontrolle von Freiheitsrechten vor 1989.

Indes können Messungen aus den beiden Jahren unmittelbar vor und nach der Großen Transition durch punktuelle Schwankungen verzerrt sein. Um solche Verzerrungen zu glätten, messen wir die Freiheitsniveaus, die eine Gesellschaft jeweils im Schnitt über die sechs Jahre vor Beginn und nach Ende der Großen Transition aufzuweisen hatte. Folglich untersuchen wir nach-transitorische Freiheitsrechte über den Zeitraum 1998–2003 unter Kontrolle vor-transitorischer Freiheitsrechte über den Zeitraum 1983–1988. Man kann auch sagen, wir untersuchen, wie sich die Freiheitsrechte vom Zeitraum 1983–1988 zum Zeitraum 1998–2003 *verändert* haben.

4.2 Freiheitspräferenzen

Freiheitsrechte emanzipieren die Bürger, indem sie ihnen freie Meinungsäußerung gestatten und ihnen ein Mitsprachrecht in den Angelegenheiten gewähren, die sie betreffen (Sen 1999; Rose 2001). Die Werte, die diese Freiheiten betonen, hat Inglehart (1977) unter dem Konzept des Postmaterialismus zusammengefasst. Andere Autoren haben diese Werte als libertäre Orientierungen gekennzeichnet (z.B. Brint 1984). Flanagan (1987) stimmt darin überein, dass Ingleharts Postmaterialismus libertäre Orientierungen einschließt. Allerdings kritisiert er, dass er libertäre Orientierungen mit anderen Werten vermengt, die nicht auf Freiheit ausgerichtet sind, sondern andere, vorrangig idealistische Ziele betonen, wie zum Beispiel eine humane Gesellschaft.

Flanagans Kritik gilt für die Vollversion des Postmaterialismus-Index. Diese kombiniert drei libertäre Ziele (Ziele 1–3, 2–2 und 2–4 unten) mit drei idealistischen Zielen (1–4, 3–2 und 3–3). Flanagan zufolge sollte man diese Ziele trennen, so dass eine Messung von Freiheitspräferenzen auf die drei libertären Ziele beschränkt bleibt. Damit kommt man der Kurzfassung des Postmaterialismus-Index nahe (die auf den Freiheitszielen 2–2 und 2–4 basiert), erweitert diese aber um das Freiheitsziel 1–3.⁶ Um also einen Index der Freiheitspräferenzen zu bilden, nehmen wir alle drei libertären Ziele auf,

⁶ Die Frageformulierung lautet: „People sometimes talk about what the aims of this country should be for the next ten years. On this card are listed some of the goals which different people would give top priority. Would you please say which one of these you, yourself, consider the most important?“ In der Fortsetzung heißt es: „And which would be the next most important?“ Dieses Frageformat setzt sich in gleicher Weise für die folgenden beiden Listen fort.

schließen aber die idealistischen Ziele aus.⁷ Als Datenbasis verwenden wir die European Values Surveys und die World Values Surveys (hinfort: Wertestudien). Unter allen Umfragedaten sind diese Studien am ehesten für ländervergleichende Analysen großen Stils geeignet.⁸

Liste 1

- 1-1 A high level of economic growth
- 1-2 Making sure this country has strong defense forces
- 1-3 **Seeing that people have more say about how things are done at their jobs and in their communities**
- 1-4 Trying to make our cities and countryside more beautiful

Liste 2

- 2-1 Maintaining order in the nation
- 2-2 Giving people more say in important government decisions
- 2-3 Fighting rising prices
- 2-4 **Protecting freedom of speech**

Liste 3

- 3-1 A stable economy
- 3-2 Progress toward a less impersonal and more humane society
- 3-3 Progress toward a society in which Ideas count more than money
- 3-4 The fight against crime

Abhängig von der Priorität, die ein Befragter jedem der drei Freiheitsziele zuweist (erste, zweite oder keine), haben wir die Antworten in einer sechsstufigen Rangordnungsskala kodiert, wobei der Wert 0 die geringst mögliche und der Wert 5 die größt mögliche Präferenz für Freiheit darstellt. Die Verteilung auf diesem 0–5 Index zeigt, dass alle nationalen Populationen eingipflig um ihren Mittelwert zentriert sind. Demzufolge repräsentieren nationale Mittelwerte gut die zentrale Tendenz einer Bevölkerung. Deshalb benutzen wir die Mittelwerte als Indikator für die Stärke, mit der Freiheitspräferenzen in einer Gesellschaft verankert sind.

Um sicherzustellen, dass wir einen kausalen Effekt der Freiheitspräferenzen auf die Freiheitsrechte ermitteln, müssen die Freiheitspräferenzen zu einem Zeitpunkt gemessen sein, der vor der abhängigen Variable, also vor den nach-transitorischen Freiheitsrechten liegt (die über den Zeitraum 1998–2003 gemessen sind). Entsprechend benutzen wir Messungen der Freiheitspräferenzen aus der zweiten und dritten Welle der Wertestudien, die in den Jahren 1989–91 (zweite Welle) beziehungsweise 1995–1997 (dritte Welle) erhoben wurden. Wann immer verfügbar (was auf 41 Gesellschaften zutrifft), verwenden wir die frühere Messung aus den Jahren 1989–1991. Damit liegt die Messung der Freiheitspräferenzen zeitlich so weit wie möglich *vor* den nach-transitorischen Freiheitsrechten. Andernfalls verwenden wir die Messung der Freiheitspräferenzen aus der zweiten Erhebungswelle in den Jahren 1995–97, was auf 20 Gesellschaften zutrifft.⁹ Die national aggregierten Freiheitspräferenzen korrelieren über die beiden Er-

⁷ Freiheitspräferenzen sind theoretisch anders begründet und empirisch anders gemessen als Postmaterialismus. Die Postmaterialismusdebatte ist hier deshalb irrelevant.

⁸ Zu Datenquellen und -dokumentation siehe Internetanhang.

⁹ Zur Länderzusammensetzung siehe Internetanhang, Anm. 1.

hebungszeitpunkte in einer Stärke von $r = .91$ ($N = 30$). Dies verdeutlicht, dass sich die Freiheitspräferenzen der Gesellschaften zwischen den frühen und mittleren 1990er Jahren nicht drastisch verändert haben. Im Schnitt liegt der Erhebungszeitpunkt der Freiheitspräferenzen im Jahr 1992. In ausnahmslos allen Fällen liegt er zeitlich vor der abhängigen Variable, den Freiheitsrechten im Zeitraum 1998–2003.¹⁰

5. Analyseergebnisse

5.1 Korrelationen und Regressionen

Tabelle 1 zeigt Korrelationen zwischen dem Niveau an Freiheitsrechten, das eine Gesellschaft über die Jahre 1998–2003 erreicht hat, und den Bevölkerungseinstellungen, die im Zeitraum 1989–1997 gemessen wurden. Die Einstellungen sind nach der idealistischen Variante postmaterialistischer Orientierungen und Freiheitspräferenzen unterteilt. Erwartungsgemäß zeigt sich, dass idealistischer Postmaterialismus und Freiheitspräferenzen unterschiedlich eng mit den Freiheitsrechten einer Gesellschaft verbunden sind. Den Korrelationen gemäß stehen Freiheitspräferenzen in einer deutlich engeren Bindung mit Freiheitsrechten als idealistischer Postmaterialismus. Insofern ist die Herauslösung der Freiheitspräferenzen aus dem Konzept des Postmaterialismus nicht nur theoretisch begründet, sondern auch empirisch gerechtfertigt. Außerdem macht es einen Unterschied, ob man die Freiheitspräferenzen mit nur zwei oder mit drei Freiheitszielen misst. Denn die Variante mit drei Freiheitszielen zeigt eine erkennbar engere Bindung mit Freiheitsrechten. Aus diesen Gründen konzentrieren wir uns auf die Effekte der mit drei libertären Zielen gemessenen Freiheitspräferenzen.

Tabelle 1: Aggregatkorrelationen zwischen Bevölkerungseinstellungen und Freiheitsrechten

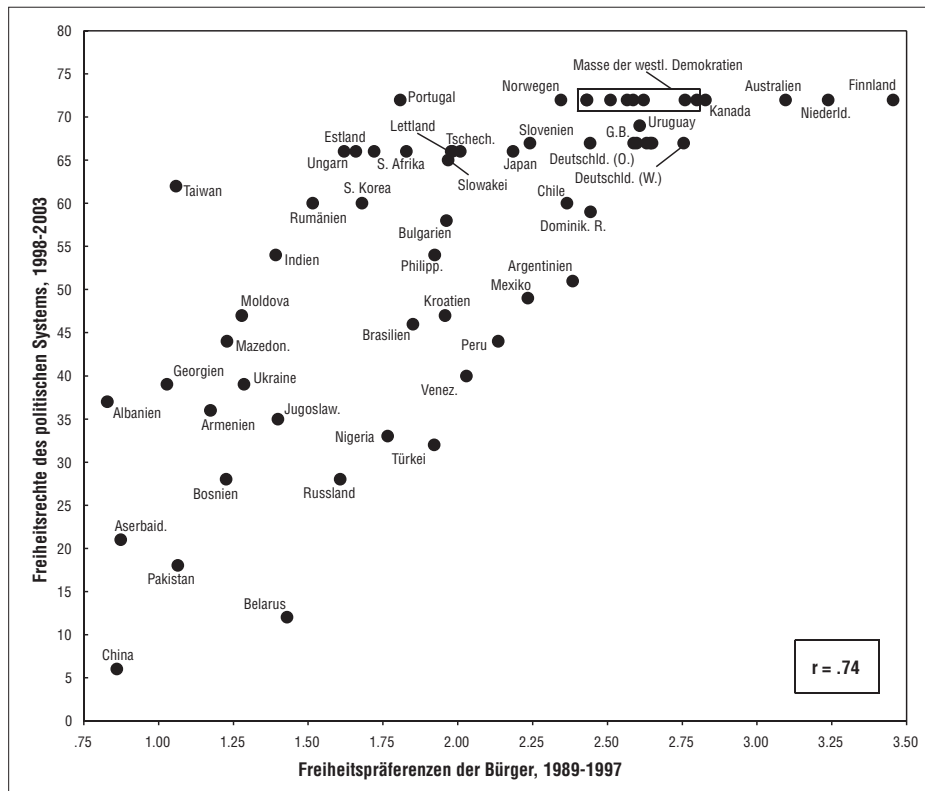
	Zivile Freiheitsrechte 1998–2003	Politische Freiheitsrechte 1998–2003	Zivile und Politische Freiheitsrechte 1998–2003
Ideeller Postmaterialismus 1989–97	0.39**	0.39**	0.39**
Freiheitspräferenzen (2 Items) 1989–97	0.64***	0.60***	0.63***
Freiheitspräferenzen (3 Items) 1989–97	0.74***	0.70***	0.73***

Angaben: Einträge sind Pearson-Korrelationskoeffizienten (r); Umfragedaten aggregiert aus frühest verfügbarer Umfrage der Wertestudien II–III. $N = 61$; * $p < 0.10$; ** $p < 0.01$; *** $p < 0.001$.

¹⁰ Wir sehen davon ab, Veränderungen in den Freiheitsrechten mit Veränderungen in den Freiheitspräferenzen zu erklären (die es in dieser Parallelität nicht gab). Wir erklären Veränderungen in den Freiheitsrechten mit Niveaudifferenzen in den Freiheitspräferenzen, die schon länger bestanden, aber erst unter günstigen internationalen Bedingungen wirksam wurden. Siehe dazu Internetanhang, Anm. 2.

Abbildung 2 illustriert den Zusammenhang zwischen den Freiheitspräferenzen der Bürger und den Freiheitsrechten ihres politischen Systems.¹¹ Dieser Zusammenhang kann aus zwei unterschiedlichen Gründen existieren. Zum einen kann es sein, dass Freiheitspräferenzen ein hohes Maß an Freiheitsrechten erzeugen, wo diese zuvor niedrig waren, und ein hohes Maß an Freiheitsrechten bewahren, wo diese zuvor schon hoch waren. Es kann aber auch so sein, dass Freiheitspräferenzen ihrerseits durch zeitlich vorgängige Freiheitsrechte generiert werden, so dass ihr Effekt auf nachgelagerte Freiheitsrechte lediglich die Autokorrelation von Freiheitsrechten über die Zeit widerspiegelt, also lediglich das Artefakt eines Zeitreiheneffekts darstellt.

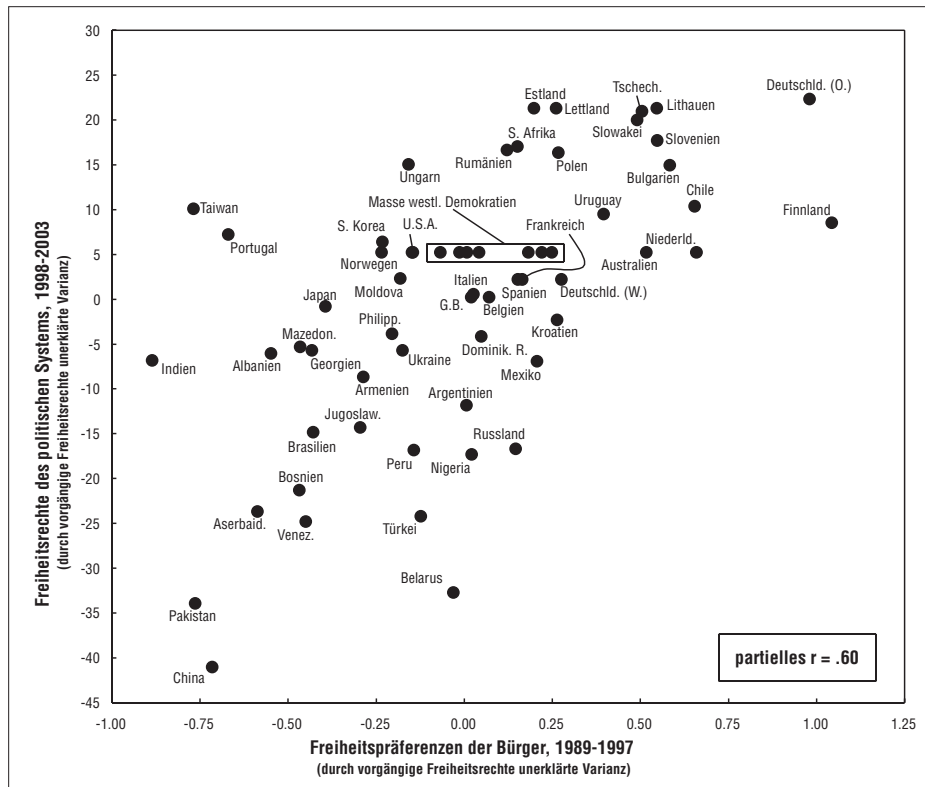
Abbildung 2: Der Zusammenhang zwischen den Freiheitspräferenzen der Bürger und den Freiheitsrechten ihrer politischen Systeme



Welche der beiden Möglichkeiten zutrifft, lässt sich prüfen, indem man den Effekt der Freiheitspräferenzen auf nachgelagerte Freiheitsrechte nach dem Niveau der vorgelagerten Freiheitsrechte kontrolliert. Führt man diese Kontrolle durch, stellt man zwei Din-

¹¹ Berechnet man die Freiheitspräferenzen allein auf Befragte mit Universitätsabschluss, wird der Zusammenhang mit Freiheitsrechten schwächer. Es ist also nicht die freiheitliche Orientierung der Bildungselite, die den Effekt der Freiheitspräferenzen erklärt. Das nährt Zweifel an der Vermutung, dass es lediglich freiheitlicher Eliten bedarf, um Demokratie zu befördern.

Abbildung 3: Der Partialeffekt der Freiheitspräferenzen auf Freiheitsrechte



ge sicher: Erstens erklärt man nur den Teil an Varianz in den nachgelagerten Freiheitsrechten, der *nicht* schon durch die vorgelagerten Freiheitsrechte erklärt ist; zweitens benutzt man zur Erklärung nur den Teil an Varianz in den Freiheitspräferenzen, der seinerseits nicht schon durch die vorgelagerten Freiheitsrechte erklärt ist. In dem Maße, in dem sich der Effekt der Freiheitspräferenzen auch unter dieser Kontrolle als signifikant erweist, kann man von einem kausalen Effekt im Sinne Grangers (1969) sprechen.¹²

Wie Abbildung 3 verdeutlicht, haben die im Zeitraum 1989–97 gemessenen Freiheitspräferenzen auch dann einen signifikant positiven Effekt auf die nachgelagerten Freiheitsrechte, wenn man nach dem Niveau der vorgelagerten Freiheitsrechte kontrolliert. Modell 2–1 in Tabelle 2 dokumentiert dies mit Zahlen. Eben weil dieser Effekt nach Kontrolle von zeitlich vorgelagerten Messungen der abhängigen Variablen besteht, ist er kausal im Sinne Grangers.¹³

12 Granger zufolge ist der Effekt einer unabhängigen Variablen X auf eine abhängige Variable Y insofern kausal, als er der Kontrolle nach zeitlich vorgelagerten Messungen von Y standhält.

13 Bivariat korrelieren vorgelagerte Freiheitsrechte signifikant mit nachgelagerten Freiheitsrechten ($r=.53$). Nach Kontrolle von Freiheitspräferenzen wird diese Korrelation insignifikant. Demzufolge haben vorgelagerte Freiheitsrechte nur insofern einen Einfluss auf nachgelagerte Freiheits-

Table 2: Der Effekt der Freiheitspräferenzen auf Änderungen im Demokratielevel unter Zugrundelegung verschiedener Demokratie-Indikatoren

	Modell 2-1	Modell 2-2	Modell 2-3	Modell 2-4	Modell 2-5
	AV: Zivile und politische Freiheit 1998-2003	AV: Zivile Freiheitsrechte 1998-2003	AV: Politische Freiheitsrechte 1998-2003	AV: Elektorale Demokratie 2001 (Vanhanen)	AV: Konstitu- tionelle Demokratie 1997-2001 (Polity IV)
Vor-transitorisches Niveau der AV 1983-1988	-0.03 (-0,24)	0.06 (0,53)	-0.09 (-0,65)	0.18 (1,16)	0.14 (0,75)
Freiheitspräferenzen (3 Items) 1989-1997	0.76*** (5,70)	0.71*** (5,31)	0.77*** (5,80)	0.53*** (3,43)	0.53** (2,91)
Angepasstes R ²	0.53	0.54	0.49	0.45	0.37
Anzahl der Fälle	61	61	61	59	40

Angaben: AV: abhängige Variable; Einträge sind standardisierte Regressionskoeffizienten (beta) mit T-Werten in Klammern. Umfragedaten aggregiert aus frühest verfügbarer Umfrage der Wertestudien II-III; * p < 0.10; ** p < 0.01; *** p < 0.001.

Zum weiteren Verständnis muss man berücksichtigen, dass die Länderauswahl sehr disparat ist. So enthält die Auswahl eine Reihe von Ländern, deren Freiheitsniveau schon vor der Großen Transition hoch war. Das gilt zum Beispiel für Argentinien und Spanien – Länder, die schon im Vorlauf der Großen Transition demokratisiert wurden. Und es gilt für altetablierte Demokratien wie die USA oder die Schweiz und für Nachkriegsdemokratien wie Italien, Deutschland (West) oder Indien. Andererseits schließt die Auswahl eine Reihe von Ländern ein, deren Freiheitsrechte vor der Großen Transition auf einem niedrigen Niveau lagen, wie zum Beispiel im Falle Chiles, Südafrikas, Taiwans oder Polens. Und nicht alle dieser Länder haben eine positive freiheitsrechtliche Entwicklung vollzogen. Beispiele dafür sind Aserbaidschan, Weißrussland, China und Pakistan. Gleichwohl greift der Effekt der Freiheitspräferenzen über all diese Unterschiede hinweg und ist durchgängig positiv. Das ist nur durch die Doppelwirkung der Freiheitspräferenzen zu erklären: Sie befördern Freiheitsgewinne in bis dahin noch unfreiheitlichen Systemen und hemmen Freiheitsverluste in zuvor schon freiheitlichen Systemen. Die alternative Deutung, dass der Effekt der Freiheitspräferenzen auf Freiheitsrechte lediglich den Effekt vorgelagerter Freiheitsrechte transportiert, ist nach Kontrolle der vorgelagerten Freiheitsrechte eliminiert.

5.2 Robustheitstests

Es gibt viele Gründe, warum der obige Befund nicht stichhaltig sein könnte. Der erste Grund ist methodischer Natur: Es könnten die Annahmen des *Ordinary-Least-Square-*

rechte, als sie an Freiheitspräferenzen gekoppelt sind. Das negative Vorzeichen, das der Effekt der vorgelagerten Freiheitsrechte nach Kontrolle der Freiheitspräferenzen annimmt, sollte nicht überinterpretiert werden, da der Effekt insignifikant ist. Das Vorzeichen zeigt eine gewisse Tendenz, dass Systeme mit weniger Freiheitsrechten vor der Transition mehr Freiheitsrechte nach der Transition aufweisen. Dieser Effekt tritt nach Ausschluss der durchweg freiheitlichen Systeme (Modell 4-1) deutlicher hervor, bleibt aber insignifikant.

Verfahrens (OLS) verletzt sein. Deshalb werden wir einige Sensitivitätstests durchführen, welche die Verletzung dieser Annahmen prüfen. Ein zweiter Grund ist möglicherweise fehlerhafte Variablenauswahl: Hält der Befund stand, wenn man zivile und politische Rechte separat betrachtet oder wenn man ganz andere Demokratie-Indikatoren benutzt? Ein dritter Grund betrifft die Fallauswahl: Bleibt der Befund erhalten, wenn man die Länder ausschließt, die sich schon auf einem hohen Demokratieniveau befanden? Analog: Hält der Befund stand, wenn wir Gesellschaften, deren Freiheitspräferenzen zeitlich nahe an der abhängigen Variablen gemessen wurden, ausschließen? Und was passiert, wenn wir mit einer Gewichtung arbeiten, die die Verteilung unfreiheitlicher und freiheitlicher Systeme in der Länderauswahl an die Verteilung in der Grundgesamtheit aller Staaten angleicht? Der vierte Grund schließlich liegt in rivalisierenden Erklärungen der Demokratisierung: Hält der Befund stand, wenn wir Erklärungsfaktoren einführen, die in der Demokratisierungsforschung bisher favorisiert wurden?

5.2.1 Methodische Robustheit

Sensitivitätstests des Referenzmodells (Modell 2–1 in Tabelle 2) erbringen folgende Resultate: Der White-Test für Heteroskedastizität ergibt einen Chi-Quadrat-Wert von 8,54. Dieser Wert ist auf dem 0,05-Niveau insignifikant, was besagt, dass im Referenzmodell kein ernsthaftes Problem mit Heteroskedastizität vorliegt. Analog erbringt ein Maß für Kollinearität – der Variationsinflationsfaktor – einen Wert von 2,26, was unterhalb des kritischen Schwellenwerts von 4,00 liegt. Entsprechend ist das Referenzmodell nicht durch zu hohe Kollinearität unter den unabhängigen Variablen verzerrt. Schließlich haben wir eine Methode angewendet, die Verzerrungen durch Ausreißer und Hebelfälle korrigiert (siehe Modell 4–2 in Tabelle 4 unten). Diese Maßnahme verändert so gut wie nichts an den Ergebnissen. Die Ergebnisse sind also nicht durch Ausreißer und Sonderfälle verzerrt.

Die Modelle 2–2 bis 2–5 variieren zum Referenzmodell insofern, als sie unterschiedliche Indikatoren für Demokratie verwenden. Im Besonderen untersuchen wir die beiden Freiheitsrechtskomponenten separat, nämlich zivile Rechte (Modell 2–2) und politische Rechte (Modell 2–3). Darüber hinaus verwenden wir zwei andere Demokratie-Indikatoren: den Indikator für „elektorale Demokratie“ von Vanhanen (2003) und den Indikator für „konstitutionelle Demokratie“ aus dem *Polity IV*-Projekt.¹⁴ Was die Indizes von *Freedom House* betrifft, macht es keinen Unterschied, ob man zivile Rechte, politische Rechte oder ihre kombinierte Fassung untersucht. Im Hinblick auf die alternativen Demokratie-Indizes wird deutlich, dass der Einfluss der Freiheitspräferenzen auf Demokratisierung schwächer ausfällt als im Referenzmodell. Das ist plausibel, weil die alternativen Indizes nicht auf den Aspekt der Demokratie fokussieren, der im Visier der Freiheitspräferenzen liegt: die Freiheitsrechte. Doch selbst wenn man die alternativen Demokratie-Indizes verwendet, bleibt der Kernbefund erhalten: Freiheitspräferenzen haben einen signifikant positiven Einfluss auf nachgelagerte Demokratie unter Kontrolle vorgelagerter Demokratie.

¹⁴ Zu diesen Indizes siehe Internetanhang.

Tabelle 3: Der Effekt der Freiheitspräferenzen auf die Änderung der Freiheitsrechte bei Variation des Messzeitpunkts der Freiheitsrechte

	Variation des Zeitpunkts der Kontrollvariable (vor-transitorische Freiheitsrechte)			Variation des Zeitpunkts der abhängigen Variable (nach-transitorische Freiheitsrechte)		
	abhängige Variable: nach-transitorische Freiheitsrechte in 1998–2003			Kontrollvariable: vor-transitorische Freiheitsrechte in 1983–88		
	Modell 3–1 Kontroll- variable in 1983–84	Modell 3–2 Kontroll- variable in 1985–86	Modell 3–3 Kontroll- variable in 1987–88	Modell 3–4 abhängige Variable in 1998–99	Modell 3–5 abhängige Variable in 2000–01	Modell 3–6 abhängige Va- riable in 2002–03
Freiheitsprä- ferenzen (3 Items), 1989–1997	0.73*** (5,35)	0.71*** (5,20)	0.72*** (5,49)	0.68*** (4,78)	0.72*** (5,27)	0.73*** (5,44)

Angaben: Einträge sind standardisierte Regressionskoeffizienten (beta) mit t-Werten in Klammern; N=61; alle Modelle unter Kontrolle vor-transitorischer Freiheitsrechte. Diese Effekte sind nicht dokumentiert. Umfragedaten aus frühest verfügbarer Umfrage der Wertestudien II–III aggregiert; * $p < 0.10$; ** $p < 0.01$; *** $p < 0.001$.

Die Modelle in Tabelle 3 variieren hinsichtlich der Zeiträume, über die vor- und nach-transitorische Freiheitsrechte gemessen wurden. Diese Analyse soll prüfen, ob der Befund des Referenzmodells ein Artefakt der Auswahl spezifischer Messzeitpunkte ist. Das Ergebnis ist eindeutig: Auch wenn man die Messzeitpunkte auf andere Jahre vor und nach der Großen Transition legt, bleibt der Befund des Referenzmodells erhalten.

Die Modelle in Tabelle 4 variieren je nach Zusammensetzung der Länderauswahl. Modell 4–1 schließt alle Länder aus, die schon vor der Großen Transition ein hohes Niveau an Freiheitsrechten aufwiesen.¹⁵ Damit sind alle vor-transitorischen Demokratien ausgeschlossen. Auf diese Weise wird geprüft, ob der Befund des Referenzmodells einen reinen Konsolidierungseffekt darstellt, also lediglich zeigt, dass Freiheitspräferenzen bei der Stabilisierung von Freiheitsrechten helfen, wo diese ohnehin schon hoch sind. Wie Modell 4–1 dokumentiert, ist dies nicht der Fall: Die Freiheitspräferenzen behalten auch dann ihren positiven Einfluss auf die freiheitsrechtliche Entwicklung, wenn man alle Länder mit zuvor schon hohen Freiheitsrechten ausschließt. Dieses Ergebnis konnte nur erzielt werden, weil Freiheitspräferenzen zu freiheitsrechtlichen Gewinnen verhelfen, wo es zuvor nur wenige oder keine Freiheitsrechte gab. Die Freiheitspräferenzen der Bevölkerung helfen nicht nur bei der Konsolidierung demokratischer Freiheiten. Sie helfen auch bei ihrer Einrichtung und Entwicklung.

Man mag argwöhnen, dass der positive Befund des Referenzmodells nur deshalb zustande kommt, weil die Messung der Freiheitspräferenzen zeitlich so nahe an der abhängigen Variablen liegt, dass die zentrale Kausalitätsbedingung („Ursachen müssen ihren Wirkungen vorausgehen“) nicht in zufriedenstellender Weise erfüllt ist. Um diese Möglichkeit zu prüfen, reduziert Modell 4–3 die Auswahl auf jene 41 Gesellschaften, deren Freiheitspräferenzen 1989–91, also sieben bis neun Jahre vor der abhängigen Variablen, erhoben wurden. Erneut bleibt der Effekt der Freiheitspräferenzen auf die freiheitsrechtliche Entwicklung signifikant positiv.

15 Zu den ausgeschlossenen Ländern, siehe Internetanhang, Anm. 3.

Tabelle 4: Der Effekt der Freiheitspräferenzen auf die Änderung der Freiheitsrechte bei variierender Zusammensetzung der Länderauswahl

	Abhängige Variable: Nach-transitorische Freiheitsrechte 1998–2003			
	Modell 4–1 Auswahlreduktion: Länder mit hohen vor-transitorischen Freiheitsrechten ausgeschlossen	Modell 4–2 Auswahlreduktion: nur Länder mit in 1989–91 gemessenen Freiheitspräferenzen	Modell 4–3 Einflussbegrenzende Schätzung: Sonderfälle herabgewichtet	Modell 4–4 Vor- und nach- transitorische Frei- heitsrechte auf Vertei- lung der Grund- gesamtheit gewichtet
Vor-transitorische Freiheitsrechte 1983–1988	–0.22 (–1,52)	0.04 (0,23)	–0.06 (–0,44)	0.08 (0,67)
Freiheitspräferenzen (3 Items) 1989–1997	0.75*** (5,12)	0.63*** (3,84)	0.78*** (5,93)	0.76*** (5,09)
Angepasstes R ²	0.40	0.40	0.54	0.67
Anzahl der Fälle	40	41	61	61

Angaben: Einträge sind standardisierte Regressionskoeffizienten (beta) mit t-Werten in Klammern. Umfragedaten aggregiert aus frühest verfügbarer Umfrage der Wertestudien II–III; * $p < 0.10$; ** $p < 0.01$; *** $p < 0.001$.

Die Modelle 4–3 und 4–4 gewichten die Länder nach verschiedenen Kriterien. Modell 4–3 basiert auf einem Sensitivitätsmaß, der DFFITs-Statistik, die einflussreiche Fälle identifiziert. Eine Inspektion der Fälle, deren DFFITs den kritischen Wert von 0,45 überschreitet, gibt fünf einflussreiche Fälle zu erkennen (DFFITs in Klammern): Weißrussland (0,60), China (0,69), Finnland (0,47), Portugal (0,53) und Taiwan (0,67). Um die Verzerrung der Regressionsergebnisse durch solche Fälle zu korrigieren, hat Welsch (1980) das Verfahren der „einflussbegrenzenden Schätzung“ entwickelt. Dieses Verfahren gewichtet den Einfluss der Sonderfälle soweit herunter, wie ihr Einfluss den kritischen Wert überschreitet.¹⁶ Unter Verwendung dieser Gewichte ergibt sich das Regressionsergebnis in Modell 4–3. Dieses Modell zeigt keine nennenswerten Unterschiede zum Referenzmodell. Der Kernbefund ist also nicht durch Sonderfälle verzerrt.

Aus einsichtigen Gründen ist die Länderauswahl der World Values Surveys keine Zufallsauswahl aus der Grundgesamtheit aller Staaten. Zum Beispiel sind Länder, die über den gesamten Beobachtungszeitraum auf einem sehr niedrigen Niveau der Freiheitlichkeit verharren, unterrepräsentiert, wenn auch nicht völlig ausgeschlossen (Beispiele sind Aserbaidshan, Weißrussland, China und Pakistan). Um die Auswahlverzerrung zu korrigieren, haben wir die Länderauswahl so gewichtet, dass sie die gleiche Verteilung an freiheitlichen und unfreiheitlichen Systemen aufweist wie die Grundgesamtheit. Die Regression auf der Basis dieser Gewichtung ist in Modell 4–4 dargestellt.¹⁷ Die Resultate weichen praktisch nicht vom Referenzmodell ab. Der Kernbefund scheint also kein Artefakt von Verzerrungen in der Länderauswahl zu sein.

¹⁶ Zum Verfahren siehe Internetanhang, Anm. 4.

¹⁷ Zur Gewichtung siehe Internetanhang, Anm. 5.

5.2.2 Substanzielle Robustheit

Hält der Kernbefund stand, wenn man Erklärungsfaktoren einbezieht, die die Demokratisierungsforschung bislang favorisiert hat (für einen Überblick dieser Erklärungsfaktoren siehe: Gasiorowski/Power 1998; Welzel 2002: 103–114)? Die Modernisierungstheorie favorisiert ökonomische Entwicklung als Erklärungsfaktor der Demokratisierung, und nach wie vor gilt das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt als Hauptindikator dieses Faktors. Modell 5–1 ergänzt darum das Referenzmodell um das Bruttosozialprodukt als Erklärungsfaktor. Im Unterschied zu ökonomischer Entwicklung gelten ökonomische Ungleichheit und kulturelle Fragmentierung als Faktoren, die sich nachteilig auf die Demokratisierung auswirken. Wir verwenden den Gini-Index für Ungleichverteilung von Einkommen und den Alesina-Index für ethnische Fraktionalisierung als Indikatoren dieser Erklärungsfaktoren (Modelle 5–2 und 5–3). Ein weiterer Faktor, der eine Rolle in der Demokratisierungsforschung spielt, ist die religiöse Tradition einer Gesellschaft. Noch immer gilt die These, dass vor allem Gesellschaften mit protestantischer Prägung eine Affinität zu Freiheit und Demokratie haben. Um dieser These Rechnung zu tragen, bezieht Modell 5–4 den Prozentanteil der protestantischen Bevölkerung ein. Schließlich meinen Anhänger der Diffusionsthese, dass Demokratien sich in regionalen Kettenreaktionen ausbreiten, so dass die Freiheitsrechte eines bestimmten Landes die Freiheitsrechte in Ländern desselben Kulturraums widerspiegeln. Um diese These zu prüfen, weisen wir jedem Land den Durchschnitt seiner Kulturregion in der abhängigen Variable zu und benutzen dies als unabhängige Variable in Modell 5–5.

Table 5: Der Effekt der Freiheitspräferenzen auf die Änderung der Freiheitsrechte nach Kontrolle ökonomischer Entwicklung und anderer struktureller Einflussfaktoren

	abhängige Variable: nach-transitorische Freiheitsrechte 1998–2003				
	Modell 5–1	Modell 5–2	Modell 5–3	Modell 5–4	Modell 5–5
Vor-transitorische Freiheitsrechte 1983–1988	–0.17 (–1,24)	–0.02 (–0,13)	–0.18 (–1,08)	–0.04 (–0,31)	–0.12 (–0,97)
Freiheitspräferenzen (3 Items) 1989–97	0.57*** (3,99)	0.69*** (4,82)	0.84*** (5,02)	0.68*** (4,82)	0.61*** (4,82)
Pro-Kopf Bruttosozialprodukt 1995	0.39** (2,88)				
Ethnische Fraktionalisierung ca. 1990 (Alesina)		–0.16 (–1,66)			
Gini-Index für Einkommensungleichheit 1995			–0.14 (–1,32)		
Prozent Protestanten ca. späte 1980er				0.16 (1,56)	
Regionendurchschnitt der abhängigen Variable					0.38*** (3,85)
Angepasstes R ²	0.57	0.52	0.52	0.45	0.61
Anzahl der Fälle	61	59	43	61	61

Angaben: Einträge sind standardisierte Regressionskoeffizienten (beta) mit t-Werten in Klammern; * p < 0.10; ** p < 0.01; *** p < 0.001.

Die Resultate von Tabelle 5 sind eindeutig. Gleich welchen strukturellen Faktor man berücksichtigt, die Freiheitspräferenzen der Bürger behalten einen signifikant positiven Effekt auf die freiheitsrechtliche Entwicklung. Außer den Freiheitspräferenzen zeigen nur ökonomische Entwicklung und kulturelle Diffusion einen signifikanten Effekt auf die freiheitsrechtliche Entwicklung. Doch ist keiner dieser Einflüsse annähernd so stark wie der Effekt der Freiheitspräferenzen.¹⁸

Ein anderer Typus von Erklärungsfaktoren umfasst Einstellungskonstrukte, die von den Konzepten der Zivilkultur, des sozialen Kapitals oder der politischen Unterstützung abgeleitet sind (für einen Überblick siehe: Sullivan/Transue 1999; Fuchs 2002; Welzel 2003: 115–130). Diese Einstellungskonstrukte sind: zwischenmenschliches Vertrauen, Toleranz von Randgruppen, Mitwirkung in Freizeitvereinigungen¹⁹, Vertrauen in Institutionen sowie Befürwortung der Demokratie als Regierungssystem. Zugegeben sind diese Einstellungskonstrukte zur Erklärung der Performanz von Demokratien und nicht des Prozesses der Demokratisierung verwendet worden. Wenn man aber schon nach dem Einfluss von Bevölkerungseinstellungen auf Demokratisierung fahndet, dann ist es naheliegend, auch die Konstrukte zu berücksichtigen, die in der Demokratietheorie überhaupt eine Rolle spielen.

Es ist bezeichnend, dass Freiheitspräferenzen in der Diskussion um pro-demokratische Bevölkerungseinstellungen fehlen. Bis dato waren sie als Einstellungskonstrukt eigentlich gar nicht existent. Selbst wenn man in ihnen lediglich eine libertäre Variante des Postmaterialismus sieht (was technisch gesehen stimmt), so bleibt es trotzdem bei der Feststellung, dass bislang niemand den Postmaterialismus als Triebfeder der Demokratisierung gesehen hat – nicht einmal Inglehart, sein Erfinder. Dies macht es umso reizvoller zu sehen, wie Freiheitspräferenzen bei der Erklärung von Demokratisierung abschneiden, wenn man sie gegen favorisierte Einstellungskonstrukte testet.

Die Regressionsergebnisse in Tabelle 6 könnten kaum eindeutiger sein. Neben den Freiheitspräferenzen hat keines der in der Demokratietheorie favorisierten Einstellungskonstrukte – weder Vertrauen noch Toleranz und auch nicht Demokratiebefürwortung – einen signifikanten Einfluss auf die demokratische Entwicklung. Dieser Befund ist nicht das Resultat ausgefallener Spezifikationen der entsprechenden Variablen. Was zum Beispiel die Toleranz von Randgruppen, das Vertrauen in Institutionen, die Mitwirkung in Freizeitvereinigungen und die Demokratiebefürwortung angeht, haben wir mit verschiedenen Spezifikationen operiert. Darüber hinaus haben wir eine Reihe weiterer Einstellungsindikatoren spezifiziert (vgl. Internet-Anhang, Anm. 7). Es fand sich aber kein Indikator, der neben dem Effekt der Freiheitspräferenzen bestehen konnte.

Das überrascht insbesondere im Hinblick auf die Demokratiebefürwortung, hat dieser Einstellungsfaktor doch den direktesten Bezug zu demokratischen Institutionen. Sollte nicht jede Bevölkerungseinstellung, die positive Wirkungen auf die demokratische Entwicklung ausübt, dies deshalb tun, weil sie die Demokratiebefürwortung der Bürger stärkt? In der Tat hat Seligson (2002) so argumentiert. Seligson übersieht aber,

18 Zum Abschneiden anderer Indikatoren ökonomischer Entwicklung, ökonomischer Ungleichheit, kultureller Fragmentierung und Diffusion, siehe Internetanhang, Anm. 6.

19 Hierbei handelt es sich nicht um eine Einstellung, sondern um Verhalten. Wir gehen aber davon aus, dass Verhalten, das in Interviews berichtet wird, eine positive Einstellung zu diesem Verhalten misst.

Tabelle 6: Der Effekt der Freiheitspräferenzen auf die Änderung der Freiheitsrechte nach Kontrolle von Vertrauen, Toleranz und anderen Bevölkerungseinstellungen

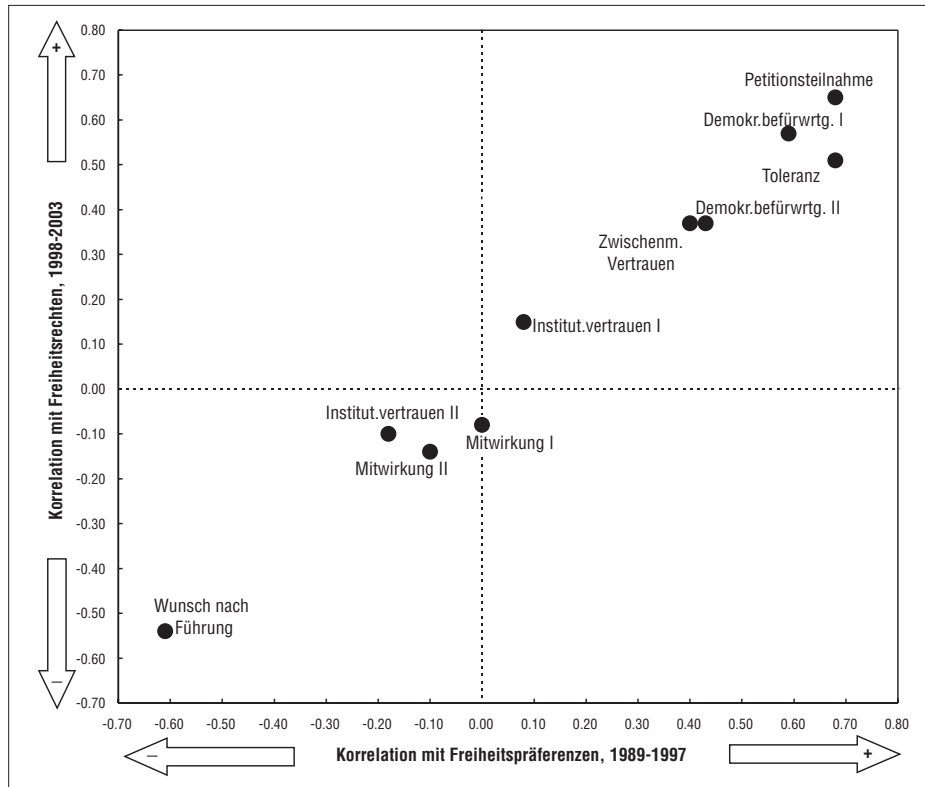
	abhängige Variable: nach-transitorische Freiheitsrechte 1998–2003				
	Modell 6–1	Modell 6–2	Modell 6–3	Modell 6–4	Modell 6–5
Vor-transitorische Freiheitsrechte 1983–1988	–0.05 (–0,32)	–0.03 (–0,21)	0.02 (0,12)	–0.05 (–0,35)	–0.12 (–0,82)
Freiheitspräferenzen (3 Items) 1989–97	0.72*** (5,27)	0.74*** (4,97)	0.70*** (5,01)	0.75*** (5,55)	0.79*** (5,79)
Zwischenmenschliches Vertrauen 1989–97	0.09 (0,89)				
Toleranz von Randgruppen 1989–97		0.05 (0,40)			
Mitarbeit in Freizeitvereinigungen 1989–97			–0.09 (–0,98)		
Institutionenvertrauen 1989–97				0.11 (1,18)	
Demokratiefürwortung 1995–97					0.09 (0,90)
Angepasstes R ²	0.51	0.50	0.49	0.52	0.53
Anzahl der Fälle	61	61	60	61	60

Angaben: Einträge sind standardisierte Regressionskoeffizienten (beta) mit t-Werten in Klammern. Umfragedaten aggregiert aus der frühest verfügbaren Umfrage der Wertestudien II–III; * $p < 0.10$; ** $p < 0.01$; *** $p < 0.001$.

dass *explizite* Demokratiefürwortung aus flüchtigen Motiven geäußert werden kann und deshalb nicht unbedingt eine Befürwortung der freiheitlichen Ideale bedeutet, die dem demokratischen Gedanken innewohnen. Freiheitspräferenzen stehen dagegen nicht in der Gefahr, bloße Lippenbekenntnisse zur Demokratie zu spiegeln – gerade weil ihnen der explizite Bezug zum Begriff der Demokratie fehlt. Im Unterschied zu expliziter Demokratiefürwortung stellen Freiheitspräferenzen eine intrinsische Befürwortung demokratischer Prinzipien dar. Deshalb sind sie für die demokratische Entwicklung wichtiger (Inglehart/Welzel 2003).

Bezeichnenderweise zeigen in der bivariaten Analyse fast alle hier diskutierten Einstellungskonstrukte signifikante Korrelationen mit Freiheitsrechten. Doch bricht jede dieser Korrelationen zusammen, sobald man nach Freiheitspräferenzen kontrolliert. Dieser Befund ist aufschlussreich: Er verdeutlicht, dass Bevölkerungseinstellungen insofern – und nur insofern – für die demokratische Entwicklung relevant sind, wie sie an Freiheitspräferenzen gekoppelt sind. Abbildung 4 illustriert diesen bemerkenswerten Befund: Sie dokumentiert, dass die Verbindung einer Bevölkerungseinstellung mit Freiheitsrechten eine lineare Funktion ihrer Verbindung mit Freiheitspräferenzen ist. Das ist ein deutliches Indiz dafür, dass die Existenzgrundlage liberaler Demokratien in emanzipatorischen Orientierungen liegt. Dieser Sachverhalt liegt außerhalb des Blickwinkels der Konzepte der Zivilkultur, des Sozialkapitals und der politischen Unterstützung. Dagegen liegt er im Zentrum des Blickwinkels der Humanentwicklungstheorie.

Abbildung 4: Korrelationen mit Freiheitsrechten als Funktion der Korrelation mit Freiheitspräferenzen



6. Schlussfolgerungen

Der Beitrag hat gezeigt, dass die Freiheitspräferenzen der Bürger einen Einfluss auf die demokratische Entwicklung ihres politischen Systems haben. Dieser Befund behauptet sich gegenüber einer Reihe methodischer und substanzieller Spezifikationen. Daraus schließen wir, dass Freiheitspräferenzen im Prozess der Demokratisierung eine zwar weithin übersehene, aber nichtsdestoweniger treibende Kraft bilden. Unter sonst gleichen Bedingungen verstärken Freiheitspräferenzen die Entschlossenheit der Menschen, für demokratische Bürgerrechte einzutreten. Dies hilft sowohl, freiheitliche Systeme zu bewahren, als auch, sie zu errichten und fortzuentwickeln. Dieser Befund mag nicht für alle Demokratiekonzepte relevant sein. Sicher ist er es aber für das Konzept der liberalen Demokratie.

An dieser Stelle sind einige einschränkende Bemerkungen angebracht. Freiheitspräferenzen unter den Bürgern bilden eine soziale Kraft, die kollektive Handlungen in Bahnen lenkt, an deren Ende demokratische Ergebnisse wahrscheinlich sind. Doch determinieren die Freiheitspräferenzen der Bürger nicht alle Formen kollektiven Han-

delns, vor allem nicht strategisches Elitenhandeln. Veränderungen in den Freiheitsrechten werden am Ende immer durch die konstitutionellen Akte von Eliten besiegelt. Inwieweit sich diese Handlungen tatsächlich unabhängig von den Präferenzen der Bürger vollziehen, zeigt sich in den Residuen unseres Referenzmodells, also in dem Teil demokratischer Entwicklung, der eben nicht durch Bürgerpräferenzen erklärt wird. Ist man so großzügig und schreibt alle unerklärte Varianz der Autonomie des Elitenhandelns zu, dann bestimmt dieses zu etwa 45 Prozent die demokratische Entwicklung einer Gesellschaft. Das ist beachtlich. Entgegen gängigen Behauptungen ist es aber weniger als durch tieferliegende soziale Kräfte, insbesondere die Freiheitspräferenzen der Bürger, erklärt wird.

Eine weitere Einschränkung ist angebracht. Die Freiheitspräferenzen der Bürger helfen, das *Ausmaß* der freiheitsrechtlichen Gewinne und Verluste zu erklären, die eine Gesellschaft erfährt. Sie können aber nicht erklären, *wann genau* eine Gesellschaft diese Veränderungen durchläuft. Was das *timing* solcher Veränderungen angeht, ist der Einfluss internationaler Faktoren nur allzu offensichtlich. Ähnliche Freiheitspräferenzen wie die 1989–97 gemessenen mögen in vielen Gesellschaften schon vorher existiert haben. Doch wenn dem so war, dann haben sie zu dieser früheren Zeit keine entsprechenden Veränderungen in den Freiheitsrechten bewirkt. Internationale Faktoren, wie die Aufhebung der Breschnew-Doktrin, waren notwendig, um schon vorhandene Freiheitswünsche wirksam werden zu lassen. Insofern werden innergesellschaftliche Faktoren nur im Rahmen stimulierender internationaler Bedingungen wirksam. Umgekehrt aber können begünstigende internationale Faktoren nicht von sich aus Freiheitsrechte generieren, wenn die dazu erforderlichen Kräfte in der Gesellschaft fehlen.

Ob diese Interpretation auch historische Gültigkeit beanspruchen kann, ist nicht zweifelsfrei zu sagen. Allerdings scheint uns plausibel, dass die Freiheitspräferenzen der Bürger bereits am Ursprung moderner Demokratien eine entscheidende Rolle gespielt haben, insbesondere in den liberalen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts, als erste – wenn auch begrenzte – Formen der Demokratie etabliert worden waren. Doch warum auch immer sich Gesellschaften in den Freiheitspräferenzen ihrer Bürger unterscheiden, diese Unterschiede wirken sich auf die demokratische Entwicklung einer Gesellschaft aus.

Es gibt vereinzelte Fälle, in denen sich eine Wertschätzung demokratischer Freiheiten erst entwickelt hat, nachdem die demokratischen Institutionen errichtet worden waren. Die Bonner Nachkriegsdemokratie ist ein Beispiel dafür. In Nachkriegsdemokratien ist die Frage, ob die Bürger eine Wertschätzung für demokratische Freiheiten entwickeln, erst für die Konsolidierung, aber nicht schon für die Etablierung der Demokratie relevant. Doch ist die Konstellation, dass demokratische Institutionen unter der Kontrolle äußerer Mächte errichtet werden, ein historischer Spezialfall (sog. *externally monitored transitions*). Dagegen handelt es sich bei fast allen Demokratisierungsprozessen der Großen Transition um *societal-led transitions*, also um Prozesse, die von den inneren Kräften einer Gesellschaft angetrieben werden. Wie unsere Analyse gezeigt hat, spielen die Freiheitspräferenzen der Bürger in diesem Typus von Demokratisierung eine tragende Rolle – auch schon bei der Etablierung demokratischer Freiheiten. Auf eine Formel gebracht: In *externally monitored transitions* sind die Freiheitspräferenzen der

Bürger *erst* für die Konsolidierung der Demokratie bedeutsam; bei *societal led transitions* sind sie es *schon* bei der Errichtung.

Wir meinen, dass unsere Resultate in der Perspektive der Humanentwicklung Sinn machen. In dieser Perspektive ist Demokratisierung in erster Linie ein emanzipatorischer Prozess, dessen Triebfeder auch entsprechende emanzipatorische Kräfte in der Bevölkerung sind. So verblüffend es für Kenner der Transitionsliteratur auch klingen mag, der Demos ist eine relevante Größe in der Demokratisierung.

Literatur

- Alesina, Alberto/Devleeschauwer, Arnaud/Easterly, William/Kurlat, Sergio/Wacziarg, Romani*, 2002: Fractionalization. Harvard Institute of Economic Research, Discussion Paper No. 1959. <http://post.economics.harvard.edu/hier/2002papers/2002list.html>.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney*, 1963: *The Civic Culture*. Princeton.
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max et al.*, 1979: *Political Action*. Beverly Hills.
- Berg-Schlosser, Dirk/Mitchell, Jeremy*, 2000: *Conditions of Democracy in Europe 1919–1939*. London.
- Bernhard, Michael*, 1993: Civil Society and Democratic Transitions in East Central Europe, in: *Political Science Quarterly* 108, 307–326.
- Boix, Charles/Stokes, Susan C.*, 2003: Endogenous Democratization, in: *World Politics* 55, 517–549.
- Brint, Steven*, 1984: New Class and Cumulative Trend Explanations of the Liberal Political Attitudes of Professionals, in: *American Journal of Sociology* 90, 30–71.
- Bunce, Valerie*, 2000: Comparative Democratization, in: *Comparative Political Studies* 33, 703–734.
- Burkhart, Ross E./Lewis-Beck, Michael S.*, 1994: Comparative Democracy, in: *American Political Science Review* 88, 903–910.
- Casper, Gretchen/Taylor, Michelle M.*, 1996: *Negotiating Democracy*. Pittsburgh.
- CIA World Factbook, 2002, in: www.cia.gov/cia/publications/factbook/fields/2172.html.
- Dahl, Robert A.*, 1973: *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven.
- Dalton, Russell J.*, 2004: *Democratic Challenges – Democratic Choices*. Oxford.
- Diamond, Larry*, 1992: Economic Development and Democracy Reconsidered, in: *Diamond, Larry/Marks, Gary* (Hrsg.), *Reexamining Democracy*. Boulder, 31–69.
- Doorenspleet, Renske*, 2000: Reassessing the Three Waves of Democratization, in: *World Politics* 52, 384–406.
- Doorenspleet, Renske*, 2004: The Structural Context of Recent Transitions to Democracy, in: *European Journal of Political Research* 43, 309–336.
- Encyclopedia Britannica* (Hrsg.), 1998: *Encyclopedia Britannica*. Chicago.
- Flanagan, Scott*, 1987: Value Change in Industrial Society, in: *American Political Science Review* 81, 1303–1319.
- Foweraker, John/Landman, Todd*, 1997: *Citizenship Rights and Social Movements*. Oxford.
- Freedom House* (Hrsg.), 2001: *Freedom in the World*. Lanham.
- Freedom House* (Hrsg.), 2003: *Freedom in the World*. Lanham.
- Fuchs, Dieter*, 2000: Typen und Indizes demokratischer Regime, in: WZB Discussion Paper Series, FS II 00-205. Berlin.
- Fuchs, Dieter/Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin*, 2002: Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 4, 427–450.
- Gasiorowski, Mark J./Power, Timothy J.*, 1998: The Structural Determinants of Democratic Consolidation, in: *Comparative Political Studies* 31, 740–771.
- Geddes, Barbara*, 1999: What Do We Know about Democratization after Twenty Years?, in: *Annual Review of Political Science* 2, 115–144.
- Gibson, James L.*, 2001: Social Networks, Civil Society, and the Prospects for Consolidating Russia's Democratic Transition, in: *American Journal of Political Science* 45, 51–69.

- Granger, C.W.J., 1969: Investigating Causal Relations by Econometric Models and Cross-spectral Methods, in: *Econometrica* 37, 424–438.
- Helliwell, John F., 1993: Empirical Linkages Between Democracy and Economic Growth, in: *British Journal of Political Science* 24, 225–48.
- Higley, John/Gunther, Richard (Hrsg.), 1992: *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*. New York.
- Hofferbert, Richard I./Klingemann, Hans-Dieter, 1999: Remembering the Bad Old Days, in: *European Journal of Political Research* 36, 155–174.
- Huntington, Samuel P., 1991: *The Third Wave*. Norman.
- Inglehart, Ronald, 1977: *The Silent Revolution*. Princeton.
- Inglehart, Ronald, 1997: *Modernization and Postmodernization*. Princeton.
- Inglehart, Ronald/Welzel, Christian, 2003: Political Culture and Democracy: Analyzing Cross-Level Linkages, in: *Comparative Politics* 36, 61–79.
- Inglehart, Ronald/Welzel, Christian, 2005: *Modernization, Cultural Change and Democracy: The Human Development Sequence*. Cambridge (im Druck).
- Jackman, Robert W./Miller, Ross A., 1998: Social Capital and Politics, in: *Annual Review of Political Science* 1, 47–73.
- Karl, Terry L./Schmitter, Philippe C., 1991: Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe, in: *International Social Science Journal* 128, 269–284.
- Klingemann, Hans-Dieter, 1999: Mapping Political Support in the 1990s, in: Norris, Pippa (Hrsg.), *Critical Citizens*. New York, 31–56.
- Kurzman, Charles, 1998: Waves of Democratization, in: *Studies in Comparative International Development* 33, 42–64.
- Lipset, Seymour M., 1959: Some Social Requisites of Democracy, in: *American Political Science Review* 53, 69–105.
- Markoff, John, 1996: *Waves of Democratization*. Thousand Oaks.
- Marks, Gary, 1992: Rational Sources of Chaos in Democratic Transitions, in: Marks, Gary/Diamond, Larry (Hrsg.), *Reexamining Democracy*. London, 47–69.
- Merkel, Wolfgang, 1999: *Systemtransformation*. Opladen.
- Mishler, William/Rose, Richard, 2001: Political Support for Incomplete Democracies, in: *International Political Science Review* 22, 303–320.
- Muller, Edward N./Seligson, Mitchell A., 1994: Civic Culture and Democracy, in: *American Political Science Review* 88, 635–652.
- Newton, Kenneth, 2001: Trust, Social Capital, Civil Society, and Democracy, in: *International Political Science Review* 22, 201–214.
- Norris, Pippa, 2003: *Democratic Phoenix*. Cambridge.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C., 1986: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, in: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule* (Band 4). Baltimore, 1–78.
- Paxton, Pamela, 2002: Social Capital and Democracy, in: *American Sociological Review* 67, 254–277.
- Przeworski, Adam, 1992: The Games of Transition, in: Mainwaring, Scott/O'Donnell, Guillermo/Vallenuela, Arturo (Hrsg.), *Issues in Democratic Consolidation*. Notre Dame, 105–152.
- Przeworski, Adam/Limongi, Fernando, 1997: Modernization: Theories and Facts, in: *World Politics* 49, 155–183.
- Putnam, Robert D., 1993: *Making Democracy Work*. Princeton.
- Rohrshneider, Robert, 1994: Report from the Laboratory: The Influence of Institutions on Political Elites' Democratic Values in Germany, in: *American Political Science Review* 88, 927–941.
- Rose, Richard, 1995: Freedom as a Fundamental Value, in: *International Social Science Journal* 145, 457–471.
- Rose, Richard, 2001: A Divergent Europe, in: *Journal of Democracy* 12, 93–106.
- Rustow, Dankwart A., 1970: Transitions to Democracy, in: *Comparative Politics* 2, 37–363.
- Scarborough, Elinor, 1995: Materialist – Postmaterialist Value Orientations, in: Scarborough, Elinor/van Deth, Jan (Hrsg.), *The Impact of Values. Beliefs in Government*, Volume 4. Oxford, 123–159.

- Seligson, Mitchell L., 2002: The Renaissance of Political Culture or the Renaissance of the Ecological Fallacy, in: *Comparative Politics* 34, 273–292.
- Sen, Amartya, 1999: *Development as Freedom*. New York.
- Sullivan, J.L./Transue, J.E., 1999: The Psychological Underpinnings of Democracy, in: *Annual Review of Psychology* 50, 625–50.
- van Deth, Jan, 1997: Introduction, in: van Deth, Jan (Hrsg.), *Private Groups and Public Life*. London.
- Vanhanen, Tatu, 2003: *Democratization*. London.
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay L./Brady, Henry E., 1995: *Voice and Equality*. Cambridge.
- Welsch, Roy E., 1980: Regression Sensitivity Analysis and Bounded-Influence Estimation, in: *Kmenta, Jan/Ramsey, J.B.* (Hrsg.), *Evaluation of Econometric Models*. New York, 153–167.
- Welzel, Christian, 2002: *Fluchtpunkt Humanentwicklung*. Opladen.
- Welzel, Christian, 2003: Effective Democracy, Mass Culture, and the Quality of Elites, in: *International Journal of Comparative Sociology* 43, 269–298.
- Welzel, Christian/Inglehart, Ronald/Klingemann, Hans-Dieter, 2003: The Theory of Human Development, in: *European Journal of Political Research* 42, 341–380.
- World Bank (Hrsg.), 2001: *World Development Report 2002*.